

Der Kampf gegen die indirekten Steuern.

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs (Rohö) veranstaltete dieser Tage in der Gemeinschaftsküche Elisabethhof und in der Gemeinschaftsküche Marianne Hainisch-Hof zwei Versammlungen mit der Tagesordnung: „Zur Erhöhung der Zuckersteuer“ und „Die hauswirtschaftliche Bedeutung der indirekten Steuern“. Die zahlreich besuchten Versammlungen, bei denen die Präsidentinnen der Rohö, Frau Fanny Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch, die Referate hielten, nahmen einstimmig eine Resolution an, in der sie ihrem Unwillen über die Belastung des Haushaltungsbudgets durch indirekte Steuern und insbesondere über die Erhöhung der Zuckersteuer Ausdruck geben. Sie verwahren sich dagegen, daß zur Deckung der Staatsauslagen immer wieder der Weg der indirekten Steuern eingeschlagen wird und immer wieder dem ohnehin schwer belasteten Mittelstand Abgabe über Abgabe auferlegt wird, und fordern vom Staat, daß er die Stärke besitze, seine Hand auf das Großkapital zu legen und zur Deckung seiner Auslagen jene Quellen heranzuziehen, die Millionen leichter abgeben können als der Mittelstand die von ihm geforderten Kronen. Gleichzeitig fanden auch in sämtlichen Ortsgruppen der Rohö Versammlungen mit derselben Tagesordnung statt.

Dasselbe Blatt befürwortet den Plan, alle von Rußland im Ausland abgeschlossenen Staatsanleihen zu annullieren und die Zahlung der Zinsen sowie der Amortisationsquoten einzustellen. Es begründet diesen Plan damit, daß das russische Volk nicht verpflichtet ist, jährlich etwa eine Milliarde Rubel als Tribut dafür zu zahlen, daß es in den Krieg des internationalen Kapitals hineingezogen wurde. Es sei auch nicht nötig, für dieses Vergnügen auch noch Zinsen zu zahlen. Man habe auf den Schlachtfeldern genug mit Blut und Gesundheit bezahlt sowie vor dem Kriege an Zinsen und Amortisationsquoten. Rest sei der Augenblick günstig, diese Anleihen zu annullieren. Das sei